

## 1.Mai - Kampftag der Arbeiterklasse

In vielen Betrieben wachsen Unsicherheit und Unzufriedenheit. Organisieren wir Aktionen und Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und Kahlschlagpolitik. Ja, es lohnt sich, am 1. Mai auf die Straße zu gehen. Die Mai-Demonstrationen bieten die Gelegenheit, Druck zu entwickeln, Positionen zu klären und gemeinsame Stärke sichtbar zu machen. Stärke, die wir in kommenden Kämpfen und in Vorbereitung der anstehenden Tarifrunden brauchen. Wir sagen: **Streikfähig statt kriegstüchtig!**

**Kundgebung** ab 10 Uhr am Marktplatz Stuttgart

**Demo:** 11.30 Uhr

**Musik** gibt es von "Combo Patibel", außerdem ein Kinderprogramm und Speis & Trank.

**Mehr Infos über 1. Mai in der Region Stuttgart**

<https://bw.dgb.de/ueber-uns/regionen/stuttgart/1mai/>

**Revolutionäre 1. Mai-Demo:** 13 Uhr Kronprinzplatz in Stuttgart

**1.Mai im Waldheim Sillenbuch, Clara-Zetkin-Haus**

**Unser Land muss nicht kriegstüchtig werden, sondern friedensfähig**

**Programm:** ab 15.00 Uhr Musik / 15.45 Uhr Rede zum 1. Mai / Live-Musik

Kulinarisches vom Grill / internationale Spezialitäten / Kinderprogramm

## 8.Mai – Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus

**Gedenkundgebung um 17 Uhr am Mahnmal für die Opfer des Faschismus**

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom faschistischen Terror und vom Krieg.

**Am 8. Mai auf die Straße! Nein zur Wehrpflicht!**

**Als Eltern und Großeltern die Schülerstreiks gegen Wehrpflicht unterstützen! Entnehmt Uhrzeit und Ort den öffentlichen Medien.**

## Betriebsratswahlen: Rechte Listen bleiben eine Randerscheinung

Das AfD-nahe „Zentrum“ konnte nirgendwo im Organisationsbereich der IG Metall eine Mehrheit bei den zur Zeit laufenden Betriebsratswahlen erlangen, sondern erzielte nur punktuell Zugewinne. Damit ist die großspurige Ankündigung des Vereins, „das Monopol der etablierten Gewerkschaften zu zerschlagen“, wie eine Seifenblase geplatzt. Die Rechtspopulisten bleiben – anders als in den Parlamenten – in den Betriebsratsgremien zumindest vorerst eine Randerscheinung. In wenigen Betrieben konnten sie einige Mandate erringen – mit einer Ausnahme: im Mercedes-Werk in Untertürkheim konnte das Zentrum 21 % erringen und 9 Mandate, 2 mehr als bei den letzten Wahlen. Auch wenn das Zentrum bundesweit kaum über Einflüsse verfügt (2022 rund 20-25 Mandate von 180 000 Betriebsräten bundesweit) zeigen die Ergebnisse bei Mercedes in Untertürkheim: Haben sie sich erst einmal festgesetzt – sie sind dort seit 2009 im Betrieb aktiv - verankern sie sich immer mehr und gewinnen dazu. Deshalb: **Wehret den Anfängen!**

**Infos:** <https://stuttgart.dkp.de/>

**Kontakt:** [stuttgart@dkp.de](mailto:stuttgart@dkp.de)

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

# Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

**Unser Ziel:**

## Streikfähig statt kriegstüchtig

Jeden Tag wird über Betriebsschließungen, über den Abbau von Arbeitsplätzen berichtet. Dahinter steht nicht, dass zu wenig Arbeit da wäre, im Gegenteil: die **Arbeitslast, die Krankentage, die Arbeitsunfälle nehmen zu. Dahinter steht, dass für die Aktionäre zu wenig Profit herauskommt.**

Sie bestellen bei der Politik mehr Druck, und die liefert: Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz, auf die Rente, die Abschaffung des ersten bezahlten Krankheitstages, der Pflegestufe Eins. All das soll uns Druck machen. Bei all dem stellen wir zusammen mit der Friedensbewegung die Frage: „Wo bleiben die Milliarden?“ Sie werden exportiert und in Rüstung gesteckt. Beides für höhere Profite der Konzerne.

Gegen den Druck hilft nur eins: Widerstand. Beginnend in den Betrieben, die sozialen Fragen auf die Straße tragend. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wird klar, dass nicht die „Partnerschaft“ zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, sondern der solidarische Kampf der Arbeiter eine Antwort liefert. Und dass nicht die Kungelei mit Kapital



Ostermarsch 2026 in Stuttgart

und Regierung die Angriffe aufhält, sondern die Mobilisierung der Arbeiter. Dafür stehen wir am 1. Mai: Bruch mit der Sozialpartnerschaft, auf zur Verteidigung unserer sozialen und demokratischen Rechte!

Die Herrschenden bereiten den Krieg vor. Dem brutalen Angriff auf den Iran wird Beihilfe geleistet, der Völkerrechtsbruch wird verteidigt. Mit höheren Preisen dürfen wir bezahlen, was niemand von uns bestellt hat. Zivil-militärische Zusammenarbeit, Militarisation von Gesundheitssystem und Logistik, immer mehr Rüstungsproduktion in den Betrieben, Wiedereinführung der Wehrpflicht, das alles soll unser Land „kriegstüchtig“ machen. Wir sollen dafür zahlen und dafür verheißt werden, dass die deutschen Banken und Konzerne

ihren Einfluss in der Welt nicht an andere verlieren. Wir sollen für die Verlagerung unserer Arbeitsplätze bereits vorher zahlen und in den zu führenden Kriegen dann sterben. Dagegen regt sich Widerstand – gewerkschaftliche Friedensbeschlüsse und die Friedenskonferenzen, Großdemonstrationen der Friedensbewegung, die Bewegung der Jugend gegen die Wehrpflicht und die Schulstreiks – das alles zeigt, an wessen Seite unsere Gewerkschaften gehören. Unsere Arbeits- und Lebensbedingungen können wir nicht im Krieg für die Sicherung des „Standorts“, sondern in der Sicherung des Friedens erkämpfen. Dafür stehen wir am 1. Mai auf: Für unsere Arbeitsplätze, für den Frieden, für die Solidarität! **Kampf für bessere Löhne, für soziale Absicherung, gegen die Arbeitshetze, für starke Gewerkschaften und Betriebs- & Personalräte! Kampf gegen Rüstungsmilliarden, neue Mittelstreckenraketen und Wehrpflicht. Die Kriege des deutschen Kapitals sind nicht unsere Kriege!**

## In Belegschaften wächst Widerstand gegen die Umstellung auf Kriegsproduktion

Kriegswirtschaft ist ein lukratives Geschäft. Daher kann es mit der Aufrüstung gar nicht schnell genug gehen. Neben den traditionellen Waffenschmiedern wie Rheinmetall, Hensoldt oder KNDS hofft auch die kriselnde Automobil- und Zulieferindustrie ein Stück des großen Kuchens abzubekommen. In der Folge werden Gewerkschaften und Betriebsräte immer häufiger vor die Alternative gestellt, das neue todbringende Geschäftsmodell zu akzeptieren, ansonsten drohten Arbeitsplatzabbau und Werksschließung.

Inzwischen regt sich aber Widerstand zu den Plänen aus den Vorstandsetagen. Bereits im Januar gingen die IG-Metall-Vertrauensleute in den Kölner Ford-Werken mit einer vielbeachteten Erklärung unter dem Titel „Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege“ an die Öffentlichkeit. Dann zogen die Kolleginnen und Kollegen beim Autozulieferer ZF Hannover nach. In ihrer Entschließung heißt es, militärische Produktion sei „keine nachhaltige Strategie“. Sie entziehe Ressourcen, die für Mobilitätswende, E-Mobilität und zivile Innovation benötigt würden. Deshalb fordern sie von der Konzernleitung „Konversionskonzepte, Entwicklung von Plänen, um bestehende rüstungsnahen Bereiche in zivile Sparten zu überführen, ohne Arbeitsplatzverluste“ und von der Bundesregierung ein Abrücken von Rüstungsausgaben „in schwindelerregender Höhe“.

Metaller aus verschiedenen VW-Werken verabschiedeten ebenfalls eine gemeinsame Resolution gegen den „Umbau auf Kriegswirtschaft“. „Diese Entwicklung machen wir nicht mit“, heißt es in dem von Betriebsräten aus Braunschweig, Kassel, Wolfsburg, Salzgitter und Dresden unterschriebenen Papier. Und weiter: „Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken. Am VW-Standort Osnabrück bleibt es hingegen verdächtig still. In dem von Schließung bedrohten Werk hält sich hartnäckig das Gerücht, dass dort statt Autos zukünftig Rüstungsgüter produziert werden sollen. Zunächst war von einem Einstieg von Rheinmetall die Rede. Dann wurde berichtet, dass der israelische Rüstungskonzern Rafael Interesse hätte.“

Mehr als 25 Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder aus VW-Werken gehören zu den Erstunterzeichnern einer Erklärung gegen Aufrüstung und Kriegswirtschaft. Die IG-Metall-Mitglieder rufen den Vorstand ihrer Gewerkschaft, die Mitglieder und Betriebsräte auf, sich gegen den Umbau auf Kriegswirtschaft zu positionieren.

## Erklärung von VW-Vertrauensleuten und Betriebsräten

„Wir IGM-Kolleginnen und -Kollegen bei VW schauen mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmende Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise, die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen „Notstand“ ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung. Im „Kriegsfall“ kommt laut „Arbeitssicherstellungsgesetz“ (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten aller Berufsgruppen hinzu.“

In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken. Aktuell steigen mit dem Krieg im Nahen Osten sofort die Preise für Benzin. Schon wird von höherer Inflation gesprochen.“

### Diese Entwicklung machen wir nicht mit!

Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. Unterstreichen wir unsere Losung „Kampf um jeden Arbeitsplatz!“ und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ein (IGM-Satzung unter Paragraph 2 „Aufgaben und Ziele der IG Metall“). Und wir rufen den IG-Metall-Vorstand, den Betriebsrat und alle Mitglieder auf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!“

## Daimler Truck: Großauftrag für Militär

Daimler Truck und der französische Militärfahrzeughersteller Arquus haben im Januar einen Großauftrag der französischen Streitkräfte erhalten. Er umfasst die Lieferung von 7.000 Militärlastwagen in den nächsten zehn Jahren. Der Auftrag gehört zu den größten aktuellen Beschaffungsvorhaben im Bereich militärischer Lkw in Europa. Das Geschäft für den Krieg dürfte Daimler Truck Milliarden in die Kasse spülen. Bereits im September 2025 wurde bekannt, dass Daimler Truck sein Militärgeschäft weiter ausbauen will und mit dem US-Rüstungsunternehmen General Dynamics Land Systems seine Zusammenarbeit forciert. Bislang war das Militärgeschäft von Daimler Truck noch vergleichsweise überschaubar mit etwa 1 % des Konzernumsatzes. Das ist nun Geschichte.

Auch Zulieferer wie ZF oder Mahle stellen Getriebe, Motorkomponenten und –Kühl-

systeme für militärische Fahrzeuge her. Der französische Elektronikriese Thales gilt als Europas viertgrößter Rüstungskonzern und produziert in Ditzingen beispielsweise Radar- und Funkgeräte, liefert aber auch Nachtsichtbrillen fürs Heer.

